Politik der Aerzte und Aerztepolitik.

Nachdem die Einberufung der Nationalversammlung, welche Gesetzlichkeit, Autorität, Ordnung wiederherstellen soll, gesichert ist, hat jeder Staatsbürger die unabweisliche Pflicht, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Wahlen den Willen des gesamten Volkes zum Ausdruck bringen.

Unser Volk, fast völlig entnervt durch den Krieg und durch die mit den politischen Wirren verbundenen Schäden, vom Feinde bereits aufs schwerste niedergedrückt, durch die voraussichtlichen Friedensbedingungen politisch und wirtschaftlich an den Rand des Abgrunds gebracht, darf nicht auch den tödlichen Folgen mißlingender sozialistischer Experimente ausgesetzt werden. Jeder, der von dieser Notwendigkeit überzeugt ist, hat deshalb die Aufgabe, soweit wie möglich dahin zu wirken, daß durch die Nationalversammlung nur Männer in die gesetzgebende Körperschaft eintreten, die unserem Volke einen Wiederaufbau auf erfahrungsgemäß und wissenschaftlich gesicherten Grundlagen ermöglichen wollen. Die großen politischen und ökonomischen Nachteile, die allein schon die Aussicht auf die Sozialisierung großer Wirtschaftsbetriebe und des Grundbesitzes, die Skizzierung überspannter steuerlicher Maßnahmen, der Plan einer Trennung von Kirche und Staat u. a. in weitesten Volkskreisen hervorgerufen hat, sollte einer sich ihrer vollen Verantwortlichkeit bewußten Regierung den unverkennbaren Beweis dafür liefern, daß alle überstürzten Versuche, rein theoretische Verbesserungspläne an einem siechen Staatskörper auszuführen, für ihn verhängnisvoll werden müssen.

¹⁾ Ueberall, wo solche Sondervorlesungen über Chemie für Mediziner eingerichtet werden, wäre es dann sehr wichtig, auch die Pharmazeuten daran teilnehmen zu lassen (wie dies hier in Freiburg geschieht), denn diese Studierenden haben bezüglich der chemischen Haupt-Vorlesung ganz die gleichen Bedürfnisse wie die Mediziner.

²⁾ eine erfreuliche Bestätigung der einen Grundforderung meiner Vorschläge zur Neuordnung des medizinischen Studiums. J. S.

Die Sozialreform, die — namentlich in der Arbeiterversicherung — schon vor der Revolution unter allen Staaten in Deutschland am höchsten entwickelt war, wird in jedem Falle sich in stärker ansteigenden Bahnen als bisher bewegen, auch wenn die Regierung durch die Nationalversammlung (wie wir hoffen) einen erheblichen bürgerlichen Bestandteil erhalten hat. Wir alle werden uns noch mehr als bisher mit sozialem Wollen erfüllen müssen. Der Ueberkapitalismus wird des Menetekels, das die Revolution an seine Tore geschrieben hat, eingedenk bleiben, und mit oder gegen seinen Willen wird eine gerechte Grenze für die Profitforderungen des Unternehmers gezogen werden. Der — körperliche und geistige — Arbeiter, der Handwerker, der Angestellte, der Bauer werden in seiner Entlohnung und am Grundbesitz höhere Anteile gewinnen. Soziale Wohltätigkeit wird mehr und mehr durch staatliche Wohlfahrt ersetzt werden.

Und in derselben Weise wie ein gesunder wirtschaftlicher Ausgleich wird auch der Anspruch aller Volksgenossen auf die gleichen politischen Rechte durch die demokratische Verfassung gewährleistet werden. Der historisch wohl begründete Militarismus, der vom Bürgertum bis weit in die konservativen Kreise hinein beklagt wurde, hat seine Rolle ausgespielt, die durch ihn gestützte monarchische Staatsform, welche in der Mehrheit des preußisch-deutschen Volkes fest wurzelte und unzerstörbar erschien, ist durch und mit ihrem letzten Träger zusammengebrochen. Der schaffende Bürger, zu dem auch der Arbeiter zählt, wird nicht mehr durch die Vorrechte des Adels, des Militärs, des oberen Beamtentums in eine niedrigere Klasse gedrückt. Auch die konfessionellen Gegensätze, die in Deutschland weit mehr als in anderen Kulturländern vergiftend wirken, dürfen in einer demokratischen Republik keine Freistätte mehr finden.

Gereinigt von einem immer stärker wuchernden Byzantinismus und einer immer höher schießenden Sucht nach Aeuerlichkeiten, entlastet von dem Druck eines immer mehr hervortretenden Geldprotzentums, wird hoffentlich das geistige Bürgertum wieder sich auf seine Pflicht zur Führerrolle besinnen und sittlich und politisch den ihm zustehenden Rang im Staatsleben einzunehmen streben. Das gilt vor allem für die Universitäten und ihre Söhne, die zum nicht geringen Teil, gezwungen oder freiwillig, hinter die staatlich bevorrechteten Stände und die Plutokratie zurückgetreten sind. Es geht nicht länger an, daß namentlich die Mitglieder der Fakultäten sich in den Grenzen ihrer Spezialwissenschaft einmauern, den inneren und äußeren Ausbau unseres Staates aber vorwiegend den Berufspolitikern überlassen und sich nach wie vor mit der Rolle des gesättigten Bourgeois, der im wohleingerichteten Hause ein behagliches Dasein führt, begnügt. „Bei uns ist die wissenschaftliche Arbeit geneigt, sich vom übrigen Leben zurückzuziehen und einen besonderen Kreis auszubilden, wohin nicht die Verwicklungen und Aufregungen des Alltagslebens dringen. Das mag einen gewissen Vorteil für die Ruhe und die reine Sachlichkeit der Forschung haben, aber es hat den schweren Nachteil, daß viel geistige Kraft für das nationale Leben nicht zur Wirkung gelangt, und es wird zu einer Gefahr auch für die Denkarbeit selbst, sobald sie um das Ganze ihrer Richtung und ihren geistigen Charakter zu kämpfen hat. Denn bei diesen Fragen bleibt auch der Denker auf das Ganze des ihn umgebenden Lebens angewiesen, er muß innerlich verarmen, wenn er diese Zusammenhänge abbricht.“ (Eucken, Vorrede zu: Fichtes Reden an die deutsche Nation.) Nur weil das erschlafte, in kleinlichen Parteikämpfen zerklüftete Bürgertum die Zeichen der Zeit nicht verstanden und nicht gehandelt hat, konnte eine verblendete Reichsleitung ungehindert ihre von hemmungsloser Ueberschätzung der eigenen — persönlichen und nationalen — Kraft und von kurz-sichtiger Unterschätzung der gegnerischen Macht geleitete Politik betreiben, die Deutschlands Weltstellung und Wohlstand für lange Zeit vernichtet hat. An der Wiederaufrichtung unseres Staatswesens haben die Akademiker tatkräftigst mitzuhelfen die sittliche Pflicht.

Diese Aufgabe liegt auch den Aerzten in hohem Maße ob. Sie haben dafür Sorge zu tragen, daß die ungeheuren Einbußen unseres Volkskörpers durch eine fortschreitende Gesundheitspflege mehr und mehr ausgeglichen werden und daß Zahl wie Art der Bevölkerung den innen- und außenpolitischen Notwendigkeiten unserer Entwicklung genügen.

Daß aber unter dieser Fürsorge für das Volkswohl seine eigenen wirtschaftlichen Lebensbedingungen nicht noch mehr als bisher verkümmert werden, hat der ärztliche Stand zu verlangen ein gutes Recht. Wir erkennen die Forderung auf Entwicklung der sozialen Gesetzgebung als wohlbegründet an, aber wir müssen uns mit aller Energie dagegen wehren, daß diese Fortschritte weiter auf Kosten des Aerztestandes sich vollziehen. Vielmehr muß der Staat die Krankenkassen

durch ausreichende Zuschüsse aus den allgemeinen Steuererträgen in die Lage versetzen, den Aerzten eine ihrer Tätigkeit angemessene Entlohnung zuteil werden lassen. Die Behauptung des berühmten „Kommunistischen Manifests“, die Bourgeoisie habe den Arzt in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt, ist erst durch die soziale Gesetzgebung der Verwirklichung nahegebracht und droht durch eine schrankenlose sozialistische Regierung zur vollendeten Tatsache gestempelt zu werden. Die Aerzte wollen nicht noch mehr als bisher zu Lohnsklaven der Krankenkassen herabsinken, sie wollen nicht „Proletarier im Stehkragen“ werden. Jenseits der Kreise, die in den Rahmen der sozialen Gesetzgebung fallen, muß die freie ärztliche Praxis weiter erhalten bleiben, um durch persönliche Vereinbarungen mit den begüterten Volksschichten einen Ausgleich gegenüber den ungenügenden Gebühren der Krankenkassenpraxis zu ermöglichen.

Schon von diesem Standpunkte aus, noch mehr aber aus ethischen Gründen hält die weit überwiegende Mehrheit des ärztlichen Standes an dem Widerspruch gegen seine Verstaatlichung fest, sie fordert die Erhaltung des unabhängigen ärztlichen Berufs, weil nur dieser die Grundbedingung einer erfolgreichen Behandlung, die sich auf das persönliche Vertrauen des Kranken zu seinem freigewählten Arzte stützt, zu erfüllen vermag.

Im Dienste dieser allgemeinen staatsbürgerlichen Forderungen und der besonderen beruflichen Interessen haben wir dahin zu wirken, daß die rechten Männer in die Nationalversammlung gewählt werden. Dabei hat jeder von uns dafür einzutreten, daß eine genügende Zahl von Aerzten Mitglieder der Nationalversammlung wird, damit bei den zukünftigen Kämpfen, die unserem Stande und vielleicht auch unserer Wissenschaft beschieden sind, wohlgerüstete Verteidiger sich unserer Sache annehmen können: wir dürfen nicht wieder wie bei der Begründung der RVO. in die Lage kommen, beklagen zu müssen, daß wir zu spät die unserem Stande drohenden Gefahren erkannt, zu spät ihre Abwehr unternommen haben.

Nicht nur unsere staatlichen und freiwilligen Organisationen — die einen Umbau erfahren müssen —, sondern auch jeder einzelne Arzt hat deshalb politische Werbearbeit zu leisten, sowohl für eine allgemeine demokratische Staatsverfassung als auch für eine Aufklärung über die berechtigten Ansprüche unseres Berufs und Standes. Ebenso verfehlt wie die Ansicht derer ist, welche der Erörterung allgemein gültiger politischer Fragen in den medizinischen Wochenschriften — die doch nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der öffentlichen Gesundheitspflege und den Standesfragen dienen sollen —, selbst in diesen Zeiten größter Hochspannung keinen Raum gönnen wollen, ebenso rückständig ist die Auffassung, daß eine Werbearbeit für die Gestaltung unseres Staatswesens, der Grundlage unserer völkischen und persönlichen Existenz, mit der ärztlichen Stellung unvereinbar sei. Mit dem nötigen Takt und der gebührenden Duldsamkeit können alle prinzipiellen Gesichtspunkte vor jedermann erörtert werden. Daß durch solche Versuche, die Klientel zugunsten einer rationellen Politik zu beeinflussen, ihr Vertrauen zu unserer ärztlichen Tätigkeit geschädigt werden könnte, ist ein historisches Vorurteil, mit dem gebrochen werden muß. An der Politisierung des Volkes mitzuarbeiten und damit einen schweren Mangel seiner nationalen Bildung, Willensfähigkeit und Tatkraft zu beseitigen, ist auch die Aerzteschaft in vollem Maße berufen. „Die Menschheit offenbart sich nirgends unmittelbarer als im eigenen Volkstum, und dem schöpferischen Geiste kann keine herrlichere Aufgabe winken, als den zerstörten Körper dieses Volkstums neu und schöner wieder aufzubauen“ (Meinecke): sorgen auch wir Aerzte dafür, daß diese Pflicht jedes Deutschen zum Wohle seines Vaterlandes erfüllt werde.

J. Schwalbe.